

Der Magistrat

Dezernat für Bürgerangelegenheiten
und Integration

Ausschuss für Soziales
über
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
und

Konrad-Adenauer-Ring 11
65187 Wiesbaden
Telefon: 0611 31-7880 / 31-7881
Telefax: 0611 31-5900
e-mail: Dezernat.VII@wiesbaden.de

Herrn Oberbürgermeister *und Magistrat*

15. März 2006

*66
17/03*

Bericht zum Thema "Leitfaden Sicheres Wiesbaden"

Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 14.09.2005 (TO I Punkt. 5);
Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 05.07.2005

„Der Magistrat wird gebeten

1. *einen schriftlichen Bericht vorzulegen, der die aktuellen Aktivitäten der Landeshauptstadt Wiesbaden zu Gunsten von mehr Sicherheit auflistet und erläutert.*
2. *Hierbei ist ein Ansatz zu wählen, der die Präventionsarbeit als Querschnittsaufgabe widerspiegelt und neben den herkömmlichen als solche definierten Sicherheitsmaßnahmen auch gesellschaftliche Bereiche wie Familie, Erziehung, Schule, Arbeit, Wohnsituation und Freizeitgestaltung umfasst. Neben den städtischen Aktivitäten sind auch die Beiträge privater Initiativen und freier Träger einzubeziehen.*
3. *Um die Dimension und die Gewichtung der Wiesbadener Sicherheitsarbeit herauszuarbeiten, soll der Bericht die Maßnahmen gemäß dem sog. „Drei-Phasen-Schema“ in primäre, sekundäre sowie tertiäre Prävention unterteilen und den angewendeten repressiven Methoden gegenüber stellen.*
4. *in diesem Bericht insbesondere darzulegen, welchen Beitrag die Hilfspolizei mit ihren unterschiedlichen Aufgabenbereichen für die Stärkung der Sicherheit der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger leistet und wie sich eine Kosten/Nutzen-Rechnung darstellt, die der Vorgabe folgt, dass Mehrausgaben im Bereich der Hilfspolizei durch gesteigerte Einnahmen im Bereich Verwarn- bzw. Bußgelder ausgeglichen werden.“*

Zu Punkt 1:

Präventionsarbeit ist mehr als nur Sicherheitsarbeit der Hilfspolizei, Präventionsmaßnahmen führen fast alle städtischen Bereiche durch. Zu den wichtigsten Bereichen innerhalb der Stadtverwaltung gehören neben der allgemeinen und polizeilichen Gefahrenabwehr der Straßenverkehr, Katastrophenschutz, der sozialpädagogische Dienst, die Jugendförderung, das Frauenbüro, kriminalpräventive Aspekte in der Stadtplanung, umweltpädagogische Präventionsmaßnahmen und die wichtige Vernetzung aller mit Präventionsaufgaben betrauten Institutionen und Behörden, die der Präventionsrat der Landeshauptstadt unter der Leitung des Oberbürgermeisters mit der Arbeitsgruppe „Prävention“ leistet.

Viele Wertemuster, die unser Leben gestalten, sind im Umbruch. Individualisierung, Pluralismus und fehlende soziale Integration entziehen vielen Menschen die notwendige Orientierung und führen zu Verunsicherung.

Es ist bekannt, dass zu den maßgeblichen Bedingungen eines friedlichen und gewaltfreien Zusammenlebens mit niedriger Kriminalität gemeinschaftliche Wertvorstellungen und soziale Nähe gehören.

Um erfolgreich Kriminalität zurück zu drängen, muss Prävention früh ansetzen. Sie sollte schon damit beginnen, Eltern in die Lage zu versetzen, Werte zu vermitteln und bis zur Stadtplanung reichen. Der Gedanke der Vorbeugung setzt voraus, dass man sich mit dem Vergangenen und dem Zukünftigen auseinandersetzt. Repression durch Strafverfolgung und –vollstreckung bzw. –vollzug werden die Ursachen von Kriminalität auf Dauer nicht verändern. Prävention muss verstärkt als Frühwarninstrument eingesetzt werden.

Folgende städtische Präventionsmaßnahmen der letzten Jahre sind hervorzuheben:

Videoüberwachung am Platz der Deutschen Einheit

Nach Aussage der Polizei hat die seit 26.06.2003 durchgeführte Videoüberwachung zu dem erwarteten Verdrängungsprozess geführt, der aber positiv bewertet wird, weil die Situation dadurch besser kontrollierbar ist. Mit Abriss des Gebäudes der „alten Teestube“ ist eine weitere Verbesserung der Situation eingetreten, wobei die Probleme eher aus dem Umfeld und weniger dem Kreis der Teestubenbesucher selbst herrührten. Gegenüber dem 1. Halbjahr 2003 (89 Straftaten) ist die Zahl der Delikte im 2. Halbjahr 2003 auf 60 zurückgegangen. Gleichzeitig war in der Bertramstraße aber eine Steigerung von 24 auf 40 Fälle zu verzeichnen.

Reisinger Anlagen

Seitens der Polizei wurde im Mai 2003 über die Dauer von 3 Wochen ein massiver Polizeieinsatz vor Ort durchgeführt. Während dieser Zeit wurden 47 Verfahren gegen Personen eingeleitet. Es wurde festgestellt, dass das „Bunkern“ von Drogen z. B. unter Bodenplatten oder hinter Mauersteinen oder in Grünbereichen aufgehört hat. Da der Druck aber nicht dauerhaft aufrechterhalten werden konnte und wieder auf normale Kontrollintervalle zurückgeführt werden musste, hat sich die Szene wieder eingestellt. Bisherige Erkenntnisse, dass es sich um eine überwiegend örtliche Szene (sowohl Dealer als auch Konsumenten) handelt und dass ausschließlich „weiche“ Drogen gedealt und konsumiert werden, haben sich bestätigt. Polizeiliche oder ordnungsbehördliche Kontrollen alleine können die Problematik nicht lösen. Auch Instrumente wie Aufenthaltsverbote führen nicht zu einer endgültigen Lösung, da die Straftat als solche nicht beseitigt wird. Folgende Maßnahmen sind in der Planung:

- Massiver Rückschnitt des Grünbewuchses (bereits durchgeführt)
- Bessere Ausleuchtung des Parks, insbesondere der dunklen Bereiche
- Belebung und Attraktivitätssteigerung führen zur Erhöhung der Sicherheit durch soziale Kontrolle (Errichtung einer Minigolfanlage und eines Gastronomiebetriebes durch private Investoren sind in Vorbereitung).

Wiesbadener Informationstage Sicher[Er]leben im September 2004

Kommerzielle Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen erhielten ebenso die Möglichkeit sich zu präsentieren wie Institutionen, die auf dem Gebiet der Prävention tätig sind. Die Landeshauptstadt Wiesbaden beteiligte sich mit dem Präventionsrat. In diesem Zusammenhang fanden Podiumsdiskussionen mit folgenden Themen statt:

- Bedeutung des Sports für die Gewaltprävention
- Zusammenhang zwischen Sauberkeit und Sicherheit
- Sicherheit aus Sicht von Frauen bzw. Mädchen
- Sicherheit im Alter

Trotz schwacher Besucherzahlen war insgesamt ein positives Resümee zu ziehen. Zahlreiche sonstige Veranstaltungen in Wiesbaden und das noch sehr sommerliche Wetter wirkten sich ungünstig auf den Besuch der Veranstaltung in den Rhein-Main-Hallen aus. Des Weiteren war der Termin unmittelbar nach den Sommerferien ungünstig. Dennoch äußerten sich sowohl die gewerblichen Aussteller als auch eine Vielzahl der teilnehmenden Institutionen positiv. Da aber für 2005 nicht ausreichend gewerbliche Aussteller gefunden werden konnten, mussten die geplanten Informationstage im November 2005 abgesagt werden. Stattdessen wurde während der HAFA ein Informationsstand aufgestellt.

Projekt „Gewalt-Sehen-Helfen“

Auf Initiative der Hessischen Landesregierung wurde das Projekt „Gewalt-Sehen-Helfen“ auch von Wiesbaden übernommen, um der „Unkultur des Wegschauens“ entgegen zu wirken. Hierzu werden in Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Wiesbadener Institutionen, bei denen die Gewaltprävention ein Schwerpunkt bildet, „Multiplikatoren“ ausgesucht und ausgebildet, die der breiten Öffentlichkeit geeignete Maßnahmen zum Eingreifen bei Gewaltsituationen vermitteln sollen. Mit der Einrichtung des Ludwig-Beck-Preises für Zivilcourage wird zusätzlich motiviert, nicht mehr wegzuschauen.

Allgemeine städtische Präventionsmaßnahmen werden weiterhin z.B. im Straßenverkehr durchgeführt (u.a. Schulwegsicherungsprojekte, Feuerwehrfahrten in Wohngebieten mit gefährlichen Parksituationen, weitere Einführung von Tempo-30-Zonen in den Wohngebieten, Abbau von Unfallschwerpunkten durch Straßenbaumaßnahmen sowie Rotlicht- und Geschwindigkeitskontrollen). Der Katastrophenschutz mit seinen umfangreichen Teilbereichen ist eine wichtige Präventionsmaßnahme. Auch die Brandschutzerziehung der Feuerwehr in Kindergärten und Schulen wirkt präventiv. Im Stadtplanungsamt werden Baumaßnahmen vor dem Hintergrund kriminalpräventiver Aspekte (Schutz für Senioren) berücksichtigt.

Wichtige Präventionsfunktionen haben insbesondere die Ämter für soziale Arbeit (Schulsozialarbeit), das Einwohner- und Integrationsamt (Integrationsberatung) und das Gesundheitsamt (Sozialpsychiatrischer Dienst).

Zu Punkt 2:

Da auch in weiten Teilen der Gesellschaft inzwischen die Notwendigkeit der Prävention erkannt ist, haben sich in Wiesbaden private Initiativen und Institutionen sowie freie Träger dieser Aufgabe angenommen. Davon sind 21 Institutionen in der Arbeitsgruppe „Prävention“ des Präventionsrates integriert und bringen im regen Erfahrungsaustausch ihre bisherigen Erkenntnisse, wie auch die städtischen Ämter und die Polizeibehörden, mit ein. Hierbei liegen die Schwerpunkte in der Beratung zur Gewalt- oder Suchtprävention, bei allgemeinen Krisen- und Konfliktsituationen im sozialen, schulischen oder beruflichen Umfeld sowie in der Beratung der Opfer von Gewalttaten.

Im Oktober 2005 wurde die Geschäftsstelle des Präventionsrates mit nachstehenden Aufgaben bzw. Funktionen eingerichtet:

- Professionelle Außendarstellung und –wirkung der Präventionsarbeit der Landeshauptstadt Wiesbaden.
- Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen.
- Koordinationsstelle.
- Geschäftsstellenfunktion (Umsetzung von Aufträgen, Kontakte, Protokolle).
- Planung und Durchführung von Arbeitskreisen, Podiumsveranstaltungen, Informationstagen, Messen und sonstigen Veranstaltungen.
- Sichtung, Einschätzung von Projekten, Projekte für Wiesbaden vorschlagen. Koordinierung der „Implementierung“ bzw. Umsetzung von geeigneten Projekten (in Schulen, Vereinen etc.).
- Vorbereitung des Deutschen Präventionstages 2007 in Wiesbaden
- Umsetzung von Programmen der Hessischen Landesregierung zu den Themen „Prävention und Sicherheit“, z. B.: „Netzwerk gegen Gewalt“, „Gewalt – sehen – helfen“, um für Wiesbaden entsprechende Ergebnisse zu erzielen.
- Bindeglied zwischen Magistrat, Präventionsrat und der AG „Prävention“.
- Kontakte zu anderen Institutionen, Dienststellen, Kommunen, Kreisen, Regionalkonferenz.
- Gewährleistung von schnellem Handeln aller Beteiligten bei konkreten, aktuellen Anlässen; Abstimmung und Koordinierung von Maßnahmen und Aktionen.

Zu Punkt 3:

Folgende Präventionsmaßnahmen sollen gemäß dem Drei-Phasen-Schema zukünftig für Wiesbaden dezernatsübergreifend und mit allen betroffenen Institutionen umgesetzt werden:

1. primäre Prävention:

Sie ist an alle Bürger adressiert und soll die Entstehung von Kriminalität in den Wurzeln verhindern (Normverdeutlichung/Stabilisierung des Rechtsbewusstseins) sowie die Schaffung von Anreizsystemen für Rechtsgehorsam. Als relevante Gebiete der primären Prävention gelten vor allem Erziehung und Sozialisation sowie Arbeit, Freizeit und Erholung.

2. sekundäre Prävention:

Sie richtet sich an bestimmte Risikogruppen, z.B. potentielle Täter und Opfer, oder zielt darauf ab, akut gefährdete oder tatbereite Personen durch die Veränderung der „Tat-Gelegenheit“ von der Straftat abzuhalten. Opferbezogen soll sie Verhaltensweisen ändern, um sie vor Straftaten zu schützen. Sekundäre Prävention heißt also, die Entstehung von Verbrechen zu verhindern.

3. tertiäre Prävention:

Sie richtet sich gegen die bereits straffällig gewordene Person und umfasst alle formellen und informellen Maßnahmen zur Rückfallvermeidung.

Zu Punkt 4:

Im Amt für Verkehrsüberwachung und Gefahrenabwehr sind zurzeit 72 Hilfspolizeibeamtinnen und –beamte eingesetzt. Das Auftreten dieser uniformierten Kräfte in der Öffentlichkeit erhöht das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung. Gerade der Bereich „Gefahrenabwehr“ mit seinen Hundeführer/-innen hat durch sein Auftreten präventiv in Gefahrensituationen gewirkt und mit Platzverweisen oder eingeleiteten Ordnungswidrigkeitenverfahren die Sicherheit und Ordnung wieder hergestellt.

In den Jahren 2001 – 2003 konnten die Ausgaben in diesem Bereich mit den erzielten Einnahmen gedeckt werden. Seit 2004 konnte kein Ausgleich mehr erreicht werden.

Im Jahr **2001** waren 58 Außendienstkräfte im Bereich der Verkehrsüberwachung und als Hundeführer im Bereich öffentliche Sicherheit eingesetzt. Die Einnahmen beliefen sich auf 3,72 Mio. €, dem gegenüber standen Ausgaben in Höhe von 3,41 Mio. €.

Im Oktober 2002 wurden 25 neue Kräfte eingestellt, wobei durch die Ausbildungsdauer die Einnahmesteigerung erst 2003 erfolgte. Einnahmen in diesem Jahr 4,07 Mio. € und Ausgaben 4,03 Mio. €.

2003 stieg die Zahl der Überwachungskräfte auf 84 Personen. Sie erzielten 4,77 Mio. € Einnahmen und verursachten Ausgaben von 5,25 Mio. €.

Im Jahre **2004** reduzierte sich die Zahl der Außendienstkräfte auf 77 Mitarbeiter/-innen und die Einnahmen auf 4,51 Mio. €. Die Ausgaben reduzierten sich auf 4,78 Mio. €.

2005 verringerte sich die Zahl der Kräfte auf 71 Mitarbeiter/-innen. Durch die Steigerung in der präventiven Überwachung des fließenden Verkehrs wurden die Einnahmen auf 5,2 Mio. € erhöht. Die Ausgaben belaufen sich auf 5,67 Mio. €.



Grella
Stadtrat